



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/6

8. Januar 1951

Einweise
auf der Inhalt:

Südweststaat vor dem Bundestag	S.1
Die Gefahr des US -Isolationismus	S.3
Berlin vor der Entscheidung	S.5
Was Ulbricht aus Moskau brachte	S.7

Endgültige Bereinigung der Südweststaatsfrage

H.N. Die aussenpolitischen Gefahren, der Meinungsstreit um den "Rüstungsbeitrag" und die wachsenden sozialen Spannungen können den Aussenstehenden leicht dazu verleiten, einen wichtigen innenpolitischen Vorgang zu übersehen: Der Bundestag wird sich in diesen Tagen mit der endgültigen Lösung der Südweststaatsfrage beschäftigen und damit eine Aufgabe bewältigen müssen, die in der Bevölkerung Badens und Württembergs seit 3 Jahren umstritten wird. Ironische Beobachter sagen, dass nun der "Tragikomödie letzter Akt" beginne.

Der Standpunkt der SPD in dieser Frage ist bekannt; sie befürwortet den Südweststaat aus dringenden administrativen und wirtschaftlichen Gründen. Nun hat sich auch die FDP zu einer Initiative entschlossen, zur Vorlage eines Gesetzentwurfs im Bundestag, der die Schaffung des Südweststaats ermöglichen soll, freilich auch manches Zugeständnis an regionale Wünsche enthält. Dagegen bringen die Anhänger des badischen Staatspräsidenten Wohleb durch den Bundestagsabgeordneten Hilbert einen in den letzten Wochen eilig zusammengestellten Gesetzentwurf ein, der die "südwestdeutsche Gefahr" noch einmal abwerden soll. Genau gesagt: Der Gesetzentwurf der südbadischen CDU-Regierung soll die ganze Angelegenheit, die seit Jahren zerredet worden ist, noch einmal auf die "lange Bank" schieben. Er bezweckt erneut eine Abstimmung der gesamten württembergischen und badischen Bevölkerung und die Wiederherstellung der "alten Länder", falls in

einem der beiden Gebiete eine Mehrheit gegen den Südweststaat zustande kommen sollte.

Wohleb und seine Berater verfolgen also mit einem Eifer, der einer lohnenderen Sache würdig wäre, das Ziel, Baden als Dornäpfel einer überföderalistischen und überklerikalen Strömung in der CDU, die sogar Dr. Adenauer nicht ganz gefällt, zu erhalten. Aber die Verzögerungstaktik, die ihr anfangs Vorteile brachte, schlägt jetzt zu ihren Ungunsten aus. Die Südwestdeutschen sind des Treibens müde geworden und wünschen einen **Schlußstrich** unter dieses verwerrane Kapitel südwestdeutscher Innenpolitik. Auch viele jener Katholiken, die einst meinten, dass sie für eine "altbadische Lösung" eintreten müssten, haben jetzt erkannt, dass es sich nicht um ihre Lebensinteressen und Glaubensfragen, sondern um Machtansprüche einiger Politiker handelt, deren innen- und aussenpolitische Konzeptionen von der Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt werden. Auch sie sehen nicht ein, weshalb nun nochmals ein "verbindlicher" Volksentscheid durchgeführt werden soll, nachdem die Volksbefragung vom 24. September eine Mehrheit für den Südweststaat brachte. Ähnliche Erkenntnisse bemerkt man nun auch in französischen Zeitungen, die bisher mit der "altbadischen" Lösung sympathisierten.

Die Südwestdeutschen erinnern sich, dass Herr Wohleb nach der Volksbefragung eine "altbadische Mehrheit" konstruierte, obwohl sich 70 v.H. aller Stimmberechtigten für den Südweststaat aussprachen und laut verkündete, dass der "schwäbische Angriff" abgeschlagen sei. Sie möchten diese Töne, die sie mehr an Kriegsberichte als an innerdeutsche Auseinandersetzungen erinnern, nicht mehr hören und wünschen auch keine neuen Kunstgriffe, sondern eine endgültige Lösung durch den Bund, in dessen Atmosphäre eine ruhigere Behandlung dieser unstrittenen Frage möglich ist.

- - - - -

Die Isolationisten greifen an

f. Der amerikanische Isolationismus ist wieder eine politische Macht geworden, mit der Europa im allgemeinen und die Bundesrepublik im besonderen rechnen müssen. Man sollte sie nicht überschätzen, aber es kann sich eines Tages für Europa als lebensgefährlich erweisen, wenn es sie unterschätzt. Der erste Sitzungstag des neuen amerikanischen Kongresses hat prompt mit einer Niederlage der Regierungspartei geendet. Der Anlass war nicht so bedeutend wie die Tatsache, dass in den ersten 24 Stunden bereits die zu erwartende Koalition der erstarkten republikanischen Opposition mit den widerspenstigen Demokraten aus den Südstaaten die Regierung ins Hintertreffen gebracht hat. Nach diesem ominösen Auftakt folgte der zweite Schlag. Der republikanische Abgeordnete Coudert brachte einen Gesetzentwurf ein, der die Entsendung weiterer amerikanischer Truppen in überseeische Gebiete durch den Präsidenten ohne Zustimmung des Kongresses verbieten soll. Die Begründung ist sehr aufschlussreich. Coudert erklärte nämlich, Truman habe die amerikanischen Truppen ohne Wissen oder Zustimmung des Kongresses auf den koreanischen Kriegsschauplatz entsandt und damit "den Geist, wenn nicht sogar den Buchstaben der Verfassung der Vereinigten Staaten verletzt."

Diese Worte sind mit grossem Vorbedacht gewählt, denn mit dieser Begründung liesse sich die in der Verfassung vorgesehene Staatsanklage gegen den sonst praktisch unabsetzbaren Präsidenten erheben. Man erinnert sich, dass der republikanische Senator McCarthy vor einigen Wochen bereits die Staatsanklage gegen Truman gefordert hat. Zwischen diesem Vorstoss des erbittertsten Gegners der demokratischen Regierung und dem Antrag Couderts lagen die beiden Reden des früheren amerikanischen Botschafters in London, des Millionärs Kennedy, und des früheren Präsidenten Hoover. Beide haben gefordert, Amerika solle sich auf sich selbst zurückziehen und das ewig hadernde Europa solange sich selbst überlassen, bis es wisse, was es wolle.

Mit einem Aufatmen der Erleichterung ist nach diesen verhängnisvollen Reden in Europa und auch in amerikanischen Regierungskreisen die fraglos gewichtige Ansprache von John Foster Dulles vor der "Gesellschaft für die Vereinten Nationen" in NEW York aufgenommen worden. Sie ist mit grossem Aufwand als die Antwort des Beraters

Achesons auf die Rede Hoovers angekündigt worden, wobei die Tatsache, dass Hoover und Dulles der gleichen Partei angehören, für die Regierung besonders angenehm sein musste. Diese geschickt lancierte vorweggenommene Deutung der Rede von Dulles ist sachlich richtig, aber sie war schon geschrieben, bevor Hoover sprach. Dulles hat einen Strich durch die Rechnung Washingtons gemacht, indem er Hoover mitteilte, seine Ansprache sei ohne sein Wissen und gegen seinen Willen als eine Antwort auf ihn ausgegeben worden. Er teile viele der Ansichten Hoovers. Da die Auffassungen Hoovers nichts anderes als Isolationismus in Reinkultur sind, ist es geboten, die Begeisterung über die Dulles-Rede zu dämpfen und bei ihrer Deutung vorsichtig zu sein.

Überraschenderweise hat Senator Taft, der seit seiner dramatischen Wiederwahl auffallend vorsichtig operiert hat, bereits kurz nach dem ersten Zusammentritt des neuen Kongresses eine oratorische Breitseite abgefeuert, deren europäisches Echo mit gutem Grund sehr düster klingt. Es passte vorzüglich in seinen Plan, dass die Hoover und Kennedy die amerikanischen Mütter gegen die Entsendung ihrer Söhne auf die fremden Schlachtfelder mobilisierten. Wenn er sich nun auch ihrer Argumente bediente, so ist er doch zu klug, um sich mit diesen Leuten, deren politischer Ruf allzu ramponiert ist, zu identifizieren. Taft wird versuchen, einen Kurs zwischen Hoover und Truman zu steuern. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass er dafür eine Kongressmehrheit finden kann. Für Europa hiesse das: es bekäme von Amerika an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe in so entscheidender Zeit zum Sterben vielleicht immer noch zuviel, sicher aber zum Leben zu wenig.

Taft ist nicht die Republikanische Partei, und die Republikanische Partei ist nicht die amerikanische Regierung. Aber Westeuropa wird gut daran tun, nicht zu vergessen, dass das Schiff der Regierung Trumans und Achesons in den republikanischen Sturm geraten ist. Es wird sich in jedem Fall sehr schnell zeigen, dass dieser Sturm stark genug ist, das Schiff von seinem bisherigen Kurs abzubringen. Um wieviel Grad, vermag niemand zu sagen.

Reuter oder Schreiber?

W.B.Berlin, im Januar

Am Donnerstag wird der neue Berliner Landtag den bisherigen Stadtverordnetenvorsteher, Dr. Otto Suhr, zu seinem Präsidenten wählen. Am Tage darauf erfolgt die Wahl des Regierenden Bürgermeisters, der nach der neuen Verfassung drei Wochen Zeit hat, um seinen Senat zusammenzustellen und ein Regierungsprogramm zu unterbreiten. Es spricht manches dafür, dass zwei Kandidaten zur Wahl stehen werden, nämlich der bisherige Oberbürgermeister Reuter als Kandidat der SPD und der Berliner CDU-Vorsitzende, Dr. Walther Schreiber, der von 1925 bis 1933 Preussischer Handelsminister war.

In neuen Berliner Abgeordnetenhaus steht 61 Sozialdemokraten eine "Bonner Mehrheit" von 34 Vertretern der CDU und 32 der FDP, also zusammen 66 Stimmen gegenüber. Danach könnte man es als ausgemacht betrachten, dass Schreiber gewählt wird und im Anschluss daran ein Senat der Kleinen Koalition zustandekommt. Sicher ist das aber noch keineswegs, denn es gibt sowohl in der CDU, wie vor allem in der FDP ernstzunehmende Gruppen, die nach wie vor einer gemeinsamen Regierung der drei demokratischen Parteien das Wort reden.

Um eine solche Lösung hat sich auch die Berliner Sozialdemokratie bemüht. Sie ging von der Sonderlage der Berliner Insel aus, aber auch davon, dass sie trotz der erlittenen Wahlverluste mit ihren 45 Prozent weiterhin fast jeden zweiten Wähler in Westberlin vertritt. Beauftragte der drei Parteien waren während der letzten drei Wochen damit beschäftigt, die Voraussetzungen einer gemeinsamen Regierung zu klären. Massgebende Kräfte der CDU scheinen von Anfang an das Bonner Modell vorgezogen zu haben.

Im Verlauf der Koalitionsgespräche erschien es nicht ausgeschlossen, dass sich in den drei unstrittigen Fragen der Schule, der Sozialversicherung und des Beamtenrechts ein sachlicher Ausgleich erreichen lassen würde. Zum formalen Bruch der Verhandlungen kam es dann, als die CDU wegen der "politischen Optik" in den Vordergrund schob. Man hatte der SPD sieben der fünfzehn Senatssitze zugesagt, verweigerte ihr aber nachträglich das Innenministerium und gab damit zu erkennen, dass man sich zwar gern des guten

Namens von Reuter bediene, ihm aber den sachlich begründeten Einfluss auf die Politik des Senats weitgehend verwehren würde. In dieser Situation war es Reuter, der "Woin" sagte.

Die Vorstände der CDU und FDP einigten sich nun mit bemerkenswerter Eile über eine Zweier-Koalition, aber sie stiessen auf warnende Stimmen in den eigenen Reihen und auf die Skepsis eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung. Der Landesausschuss der CDU bekannte sich am vergangenen Sonnabend noch einmal zur grossen Koalition und forderte die SPD zu einer neuen Stellungnahme auf. Diese Stellungnahme erfolgte auf dem Sozialdemokratischen Landesparteiabend am Sonntag. Gegen nur eine Stimme wurde das Verhalten der sozialdemokratischen Vertretung gebilligt. Die FÜR wurde nicht zugeschlagen, denn der Parteitag stellte fest, dass sich die sozialdemokratische Partei jederzeit bereithalte, die Führung der Landesregierung unter Ernst Reuter und auf der Grundlage eines für die Sozialdemokratie tragbaren Programms zu übernehmen.

Es ist nun möglich, wenn auch vielleicht nicht mehr sehr wahrscheinlich, dass Reuter am Freitag durch das Abgeordnetenhaus mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Ob die dann zu führenden neuen Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen werden, lässt sich noch nicht absehen. Aber es ist schliesslich keine Schande, beim Versuch einer parlamentarischen Regierungsbildung zu scheitern, noch dazu, wenn es sich um eine so ausserordentliche Lage handelt, wie sie in Berlin gegeben ist. Kommt es zur Wahl des persönlich untadeligen, aber sachlich kaum ausreichenden und vor allem wohl den aussenpolitischen Aufgaben kaum gewachsenen Dr. Schreiber, wird ihm Reuter in der Bank der Opposition gegenüber sitzen. Eine Politik des Bürgerblocks mit den sich daraus ergebenden Gegensätzlichkeiten und sozialen Spannungen würde für Berlin innen- und aussenpolitische Gefahren heraufbeschwören, die nicht ernst genug genommen werden können. Manches spricht allerdings dafür, dass dem Experiment eines Schreiber-Senats durch die Reaktion der Bevölkerung eine enge zeitliche Begrenzung gesetzt werden würde.

- - - - -

Ulbricht will 20 000 Arbeitskräfte deportieren

sp. Wenige Tage nach der Rückkehr Walter Ulbrichts aus Moskau zeichnen sich die dort empfangenden Weisungen ab, soweit sie in das innen- und wirtschaftspolitische Geschehen in der Ostzone eingreifen. Demnach hat der Generalsekretär der SED hauptsächlich Aufträge rüstungswirtschaftlicher Natur erhalten. Mehr als bisher soll jetzt der Ausbau der Grundstoffindustrie beschleunigt und auf sowjetische Interessen ausgerichtet werden. In den nächsten fünf Jahren muss die Produktionsmittelindustrie im Vergleich zu 1936 um 10% gesteigert werden, während die Konsumgüterindustrie um den gleichen Prozentsatz vernachlässigt wird. Die Schwerindustrie spielt dabei eine ausschlaggebende Rolle. Die Errichtung besonderer Hüttenkombinate in Fürstenberg/Oder, Brandenburg und in Calbe/Saale ist geplant.

Auch die beschleunigte Erschliessung neuer Erzvorkommen in der Ostzone ist unter diesem Gesichtswinkel zu betrachten. Allein im Uranerzbergbau Aue/Freiberg sind gegenwärtig über 200 000 Menschen eingesetzt. Neue Felder sollen um Saalfeld und nordwestlich Halle schnellstens erschlossen werden. Neue Menschenkolonnen müssen von den Arbeitsämtern mobilisiert und mit dem gewohnten Druck in die rüstungswirtschaftlichen Zentren geschleust werden.

Darüber hinaus aber soll die Ostzone rund 20 000 Arbeitskräfte in kürzester Frist zum Abtransport in die Sowjetunion bereitstellen, wo sie u.a. beim Bau des Wolga-Don-Kanals im Raum von Stalingrad eingesetzt werden. Da der Kanal bereits Ende dieses Jahres fertiggestellt sein soll, befahlen die Sowjets zusätzlich rücksichtslosen Fremdarbeitereinsatz grossen Stils. Im Rahmen des kürzlich durchgeführten "deutsch-sowjetischen Freundschaftsmonats" hiess es: "Wer für Sowjetrussland arbeitet, arbeitet auch für Deutschland". Wie d a s gemeint ist, weiss man jetzt zu deuten.

-g-

Adam und Eva waren Russen

sp. Molotow meldet Stalin, es sei jetzt einwandfrei festgestellt worden, dass Adam und Eva Russen gewesen seien. Stalin will die genauen Beweise wissen - mit Mutmassungen gibt er sich nicht ab. "Beweise?" meint Molotow. "Adam und Eva hatten nichts anzuziehen; sie hatten keine Wohnung; sie hatten nichts zu essen ausser Äpfeln. Und sie waren fest davon überzeugt, im Paradiese zu leben, also müssen sie Russen gewesen sein". + + +